



## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Woche für Woche steht Europa derzeit vor Richtungsentscheidungen, von denen die Zukunft im Euroraum und darüber hinaus abhängt. Eine solche Entscheidung haben auch die Iren getroffen, als sie in einem Referendum am 31. Mai in eindrucksvoll verantwortungsbewusster Weise mit 60 Prozent für die Annahme des Fiskalpakts der Europäischen Union stimmten. In dieser Ausgabe berichtet Dieter Bencke über das Referendum, die Diskussionen im Vorfeld und die irischen Anstrengungen zur Überwindung der Krise.

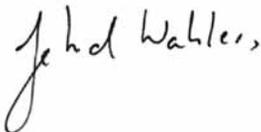
Irlands Bemühungen um eine Verringerung der Staatsverschuldung und um eine Belebung der Wirtschaft zeigen beispielhaft, wie einem europäischen Land aus eigener Kraft der Weg aus der Krise gelingen kann. Ende des Jahres 2011 war der irische Staat noch mit 107 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschuldet. Irland musste die Hilfe des Eurorettungsschirms in Anspruch nehmen und seine Reformbemühungen in der Folgezeit von der Troika bestehend aus Europäischer Union, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds bewerten lassen. Inzwischen ist die Verschuldung zurückgegangen, die Importwirtschaft floriert und die Aussichten für das Land sind günstig. In der medialen Berichterstattung dagegen dominiert nicht dieses hoffnungsvoll stimmende Beispiel, sondern der bange Blick auf Europas Süden. Insbesondere in Griechenland fehlt es, wie die Troika jüngst festgestellt hat, an entschlossener Reformpolitik, wie sie Irland umgesetzt hat.

Auf europäischer Ebene wird über Richtungsentscheidungen diskutiert, die einen Weg aus der Krise weisen können. Während Spanien, Italien und Frankreich auf schnelle und finanzstarke Mechanismen pochen, um die Krise in der Eurozone zu bekämpfen, setzen Länder wie Deutschland, die Niederlande und Finnland auf Haushaltskonsolidierung, tiefgreifende Strukturreformen und eine bessere Koordinierung. Der EU-Gipfel in Brüssel Ende Juni fand schließlich zu dem Kompromiss, einerseits bedrohten Ländern finanzielle Unterstützung in Aussicht zu stellen und andererseits durch die Bankenaufsicht Koordinierung und Eingriffsrechte auf die europäische Ebene zu übertragen. Ein europäisches

Wachstumspaket in Höhe von 120 Milliarden Euro soll darüber hinaus schnell wirkende Wachstumsförderungen mit langfristigen Strukturreformen verknüpfen.

Die deutsche Bundesregierung, die sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst ist, hat stets betont, den Aufbau einer Politischen Union mit der Übertragung weiterer Kompetenzen zur Kontrolle und Koordinierung auf die Europäische Union zu unterstützen. Gegen erhebliche Widerstände lehnte sie eine gemeinsame Haftung ohne einklagbare Verpflichtungen sowie eine strenge europäische Kontrolle der nationalen Verschuldungspolitik und des Bankensektors entschieden ab.

Sowohl zur Kompetenzübertragung als auch zu entschiedenen Reformanstrengungen im eigenen Land bedarf es jedoch des Muts der jeweiligen politischen Führung. Dabei können sich die Regierungschefs auf die Einsicht und die politische Reife der Bürger in Europa verlassen. Wenn auch Proteste und Demonstrationen die Berichterstattung dominieren: Die Bürger sind durchaus bereit, harte Entscheidungen mitzutragen. Eine große Mehrheit der Befragten in allen betroffenen Staaten stimmte in einer Umfrage des *Handelsblatts* im Juli der Aussage zu, die Schuldenverringerung könne nicht aufgeschoben werden. Die größte Zustimmung äußerten deutsche Befragte (92 Prozent), aber auch in Italien (85 Prozent) und Griechenland (79 Prozent) waren die Zustimmungsraten hoch. Ebenso eindeutig bejahten die Befragten die Aussage, ihr Land brauche dringend Reformen. Statistiken wie diese beweisen, dass die Bürger in Europa bereit sind, ihre Regierungen in der Bewältigung der Krise zu unterstützen. Die Iren gingen hier mit gutem Beispiel voran.



Dr. Gerhard Wahlers  
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de